

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste**  
**— Drucksache 12/3108 —**

**Die Entwicklung der neofaschistischen „Freiheitliche Arbeiterpartei“  
und ihre Verbindungen zu anderen Parteien und Organisationen**

Im April dieses Jahres strahlte TELE 5 den Beitrag „Helden für Deutschland“ aus. Den Inhalt dieses Filmbeitrages faßte der Moderator wie folgt zusammen: „Es ist beileibe nicht immer Ausländerhaß. Es geht um Macht und Mehrheit, zumindest für CDU und SPD, die die Schlacht und die Stammtische für sich entscheiden wollen und verzweifelt nach Konzepten und Antworten suchen. Und die Rechten entdecken die Sündenböcke zuerst: Asylanten.“

Gezeigt wurde in diesem Beitrag das Treiben von militanten Neofaschisten, ihre partielle Zusammenarbeit mit den rechtsradikalen „Republikanern“. Dargestellt und aufgezeigt wurde aber auch, daß zwischen Rechtsextremisten und Repräsentanten der CDU/CSU in der Frage des Asylrechts und der Abwehr von Flüchtlingen und Asylsuchenden inhaltliche Ähnlichkeiten bestehen.

Die Autoren des Beitrages wiesen darauf hin, daß man nicht den Rechtsextremismus bekämpfen kann, wenn man dessen Inhalte übernimmt oder für seine rassistischen Positionen Verständnis zeigt.

Als Beleg wurden beispielhaft Äußerungen von Politikern der Regierungsparteien und von bekannten Rechtsextremisten angeführt:

- So Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, im Sommer 1991 in Bonn: „Es sind überwiegend wirtschaftliche Motive, die Asylbewerber veranlassen, einen Antrag zu stellen, um zumindest vorübergehend ein Aufenthaltsrecht zu bewirken.“
- So Otto Graf Lambsdorff (FDP) im Sommer 1991: „Es müssen alle schnell abgeschoben werden. Ich unterstreiche: alle und schnell, für die das Grundrecht auf Asyl nicht gilt und die kein sonstiges Bleiberecht haben.“
- So CDU-Generalsekretär Volker Rühe unmittelbar nach den rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda (Spätsommer 1991): „Es ist aber auch deutlich geworden, daß man in Hoyerswerda sehen kann, daß es zu einer Überforderung der Belastbarkeit der Bevölkerung gekommen ist. Hier sind nicht die Gewalttäter gemeint, deren Verhalten und Fremdenfeindlichkeit auf das schärfste abzulehnen ist, aber in Hoyerswerda und anderswo gibt es Symptome einer deut-

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 11. August 1992 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

lichen Überforderung der Bevölkerung durch diesen massenhaften Mißbrauch des Asylrechts."

- So Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, im Oktober 1991: „Ich bin übrigens seit langem bereit, Wetten einzugehen, daß es zu einer Grundgesetzänderung kommen wird. Die Frage ist lediglich, wann.“
- So Friedhelm Busse, Vorsitzender der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP): „Die radikale Rechte ist als erste angefangen mit der These ‚Ausländer raus‘.“
- So Heinz Reisz (Deutsches Hessen): „Unsere Aufgabe ist es momentan nicht, zur Macht zu kommen. Das wäre unrealistisch. Aber unsere Aufgabe ist es, die Parteien dazu zu drängen, daß sie nach rechts abdriften müssen. Und wir haben es erreicht, denn die CDU, erst recht die CSU, stehen mit ihren Aussagen heute so weit rechts wie die NPD vor 20 Jahren.“
- So Friedhelm Busse, Vorsitzender der FAP: „Wen ich für uns für gefährlich halte, für die Rechte überhaupt, soweit sie im Verfassungsschutzbericht steht, gibt es für mich in Bayern eine dominierende Gestalt, nämlich der bayerische Umweltschutzminister Dr. Peter Gauweiler. Ich halte Gauweiler für die Rechte, die im Verfassungsschutzbericht steht, insofern für gefährlich, weil er ein rechtes Wählerpotential bindet. Nämlich zugunsten der CSU. Und das führe ich darauf zurück, wenn man eine Rede von Dr. Gauweiler hört, mit gewissen Abstrichen könnte man meinen, es spricht ein Mitglied der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei.“
- So Franz Schönhuber, Vorsitzender der Republikaner, zu eventuellen Formen der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU (unmittelbar nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg im März 1992): „Wir sind ja nicht Brautwerber, wir sind ja Braut. Und ich garantiere ihnen das gleiche, wie das in München ist oder in den Kommunen. Sie werden eines Tages kommen.“
- So Friedhelm Busse, Vorsitzender der FAP: „Nur dieses ganze bürgerliche Pack ist zu feige, in der Öffentlichkeit zu sagen, was sie denken. Gehen Sie mal in Gesellschaften rein, wenn da ein bißchen Alkohol getrunken wird, wenn man glaubt, man ist unter sich. Ich habe das alles erlebt. Da ist man so klein. Da schämt man sich, überhaupt jemals etwas gesagt zu haben, weil die das ja viel besser können.“
- So Franz Schönhuber, Vorsitzender der Republikaner: „Das Rezept der CDU, uns rechts zu überholen, unsere programmatischen Ansätze zu übernehmen, ging schief. Die Leute haben gesagt, die lügen sowieso.“
- So Friedhelm Busse, Vorsitzender der FAP: „Aber ich bin über die Scheinheiligkeit des Herrn Stoiber erstaunt als bayerischer Innenminister. Der erwähnt mich im Verfassungsschutzbericht, der doch viel harmloseres sagt, z. B. in der Ausländerfrage, als sein Parteifreund Peter Gauweiler. Der wird nicht genannt als Rechtsradikaler, als rechtsextremer Neonazi. Und da haben wir gesagt: ‚Prima!‘ Und wenn wir uns schon so einig sind in der Asylantenfrage, und unsere Satzung sagt ja auch, daß wir verdiente Bürger zum Ehrenmitglied machen können, und das haben wir dann ja auch getan.“

## Vorbemerkung

Der in der Vorbemerkung aufgeführte Vergleich von Äußerungen demokratischer Politiker mit solchen von radikalen und extremistischen Gruppen und Parteien ist sachlich unangemessen und wird zurückgewiesen. Keinesfalls werden mit diesen Aussagen Inhalte von Rechtsextremisten oder -radikalen übernommen oder wird für rassistische Positionen Verständnis gezeigt.

1. Wie hat sich die Organisationsstruktur der FAP in den letzten fünf Jahren entwickelt?
  - a) Wie ist die Mitgliederentwicklung (bitte nach Anzahl, Geschlecht, Beruf, Alter – wenn möglich – auflisten)?

Die Mitgliederentwicklung der FAP in den letzten fünf Jahren verlief etwa wie folgt:

1987	–	500 Mitglieder
1988	–	450 Mitglieder
1989	–	330 Mitglieder
1990	–	200 Mitglieder
1991	–	150 Mitglieder

Die Angaben beruhen auf Schätzungen. Eine Auflistung nach Geschlecht, Beruf und Alter ist nicht möglich.

- b) Welche Unterorganisationen wurden aufgebaut und sind eventuell auch wieder auseinandergefallen?

Die FAP verfügt über Orts- und Landesverbände. Etliche dieser Untergliederungen sind in letzter Zeit inaktiv gewesen bzw. aufgelöst worden.

- c) Über welche „Massenorganisationen“/„Bündnisorganisationen“ wurde versucht, eine breitere Verankerung zu erlangen, und wie werden diese Versuche von der Bundesregierung beurteilt?

Massen- bzw. Bündnisorganisationen der FAP sind nicht bekannt. Hingewiesen wird aber auf die sog. „FAP-Wählerinitiative“ des inzwischen verstorbenen Michael Kühnen, die als „Nationale Sammlung“ 1989 vom Bundesminister des Innern verboten wurde (vgl. Verfassungsschutzbericht 1988, S. 119). Auch anlässlich der Kommunalwahl Berlin am 24. Mai d. J. trat eine „Wählergemeinschaft FAP“ an, die im Bezirk Prenzlauer Berg 0,37 % = 228 Stimmen erzielte.

- d) Welche Zeitungen publiziert die FAP bzw. ihre „Bündnisorganisationen“, und wie ist die Auflagenentwicklung?

Die FAP bringt derzeit nur sporadisch die Publikation „Neue Nation“ in einer geschätzten Auflage von 500 Exemplaren heraus. Die Tendenz der Auflagenentwicklung ist sinkend.

- e) Wie war die inhaltliche Schwerpunktsetzung der FAP in den letzten fünf Jahren?

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der FAP-Agitation betrifft im wesentlichen:

- Ablehnung der demokratischen Grundordnung,
- Ablehnung einer „Überfremdung“ des deutschen Volkes,
- Ablehnung von „Scheinasylanten“,
- Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft,
- Bekämpfung des NSDAP-Verbotes.

- f) Zu welchen Themenschwerpunkten hat die FAP welche Veröffentlichungen herausgebracht?

Die FAP gibt nur sporadisch zu vorbezeichneten Themen Propagandamaterial (insbesondere Flugblätter etc.) heraus.

- g) Auf welche Zielgruppen (Skins, Hooligans, Vertriebenenverbände etc.) versuchte die FAP wie einzuwirken, und wie bewertet die Bundesregierung die Erfolge dieses Einwirkens?

Konkrete Zielgruppen der FAP sind nicht auszumachen. In Einzelfällen wurden Skinheads durch Propagandamaterial angesprochen. In den letzten Jahren waren bei diesen Bemühungen regelmäßig Mißerfolge zu verzeichnen. Das zeigen die Mitgliederentwicklung und die Wahlergebnisse.

2. Zu welchen bundesdeutschen und ausländischen rechtsextremen Organisationen und Parteien unterhält die FAP Kontakte?

Systematisch betriebene Kontakte der FAP sind nicht bekannt. Allenfalls Einzelaktivisten verfügen über Kontakte zu anderen Organisationen. Im übrigen wird die FAP im neonationalsozialistischen Lager von vielen anderen Organisationen und Personen abgelehnt.

3. Wie ist das Verhältnis der FAP zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), und speziell zu deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN)?  
Gibt es hier Formen der Zusammenarbeit?  
Wenn ja, welche sind der Bundesregierung bekannt?

Über Kontakte oder sonstige Beziehungen zwischen FAP und NPD bzw. JN ist nichts bekannt.

4. Wie hat sich das Verhältnis der FAP zur „Nationalistischen Front“ (NF) entwickelt?

Die „Nationalistische Front“ (NF) steht der FAP äußerst reserviert bis ablehnend gegenüber.

5. Wie ist das Verhältnis der FAP zu den „Republikanern“?  
a) Gibt es hier Formen der Zusammenarbeit (z. B. Saalschutz bei Veranstaltungen etc.)?  
Wenn ja, welche sind der Bundesregierung bekannt?  
b) Wie viele Personen sind von der FAP zu den „Republikanern“ gewechselt bzw. umgekehrt?

Eine Zusammenarbeit mit den „Republikanern“ ist nicht bekannt. Über einen möglichen Mitgliederwechsel einzelner Mitglieder liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

6. Wie viele Straftaten wurden von Mitgliedern der FAP seit ihrem Bestehen begangen (bitte genau auflisten nach Art der Straftat wie Körperverletzung, Volksverhetzung, Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen, §§ 129 und 129a StGB etc.)?

Eine Auflistung in der von den Fragestellern gewünschten Form ist nicht möglich, da bei dem größten Teil der bekanntgewordenen Straftaten mit rechtsextremistischem Bezug – überwiegend Propagandadelikte – die Täter nicht bekannt sind. In den meisten Fällen kann daher die hinter der Tat stehende Gruppierung nur anhand der äußeren Merkmale der Tatbegehung vermutet werden. Danach sind seit 1987 der FAP folgende Straftaten zuzurechnen:

	Gesetzesverletzungen insgesamt	davon Propagandadelikte	davon Gewalttaten
1987	266	186	26
1988	222	148	19
1989	125	88	10
1990	69	49	3
1991	85 <sup>1)</sup>	43	19

<sup>1)</sup> Im Jahr 1991 wurden erstmalig Gesetzesverletzungen auch im Beitrittsgebiet erfaßt.

Eine weitere Einzelaufstellung nach Art der Straftaten ist nicht möglich. Soweit Meldungen über begangene Straftaten von Mitgliedern/Sympathisanten der FAP beim Bundeskriminalamt eingehen, werden lediglich die Personen, nicht aber ihre Zugehörigkeit zur FAP erfaßt. Eine umfassende Aussage zu Art und Anzahl der von Mitgliedern/Sympathisanten der FAP begangenen Straftaten kann daher nicht erfolgen.

7. Wie viele Mitglieder der FAP wurden wegen welcher Straftaten zu welchen Strafen verurteilt?

Umfassende und regelmäßige Rückmeldungen der Justiz über die Verfahren in den einzelnen Bundesländern bzw. über den Verfahrensausgang erfolgen nicht. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Welche Ehrenmitglieder der FAP sind der Bundesregierung bekannt?

Die FAP veröffentlichte in ihrem Parteiorgan „Neue Nation“ (Nr. 3, Juli 1991) einen Artikel unter der Überschrift „Ist Staatsminister Dr. Peter Gauweiler ein ‚rechtsextremer Neonazi‘?“.

Darin wird Dr. Gauweiler in ironischer Art zum Ehrenmitglied der FAP „ernannt“, weil er für einen Stopp des Asylmißbrauchs eingetreten sei. Neben dieser ironisierenden „Ernennung“ eines angeblichen Ehrenmitglieds ist kein weiterer ähnlicher Akt bekannt. Auch liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse über tatsächliche Ehrenmitgliedschaften vor.

9. Profitierte die FAP von gesellschaftlichen Diskussionen wie beispielsweise zum Thema Asyl, Deutsche Einheit, und wie wirkte sich dies im einzelnen aus?

Die rückläufigen Mitgliederentwicklungen [vgl. Antwort zu Frage 1 a)] spricht dagegen.

10. Kann die Bundesregierung die Äußerungen Busses und Reisz' aus der Vorbemerkung bestätigen?

Die zitierten Äußerungen können in der konkreten Form nicht bestätigt werden. Die Äußerungen des FAP-Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse entsprechen allerdings seiner bekannten neo-nationalsozialistischen Diktion (vgl. auch Antwort zu Frage 8).



